

Laibacher Zeitung.

Nr. 135.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 15. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 50 fr.

1866.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Juni d. J. geruht, den Finanzrath der böhmischen Finanzlandesdirection Anton Regner Ritter von Kleileben zum Finanzbezirksdirector der Landeshauptstadt Prag mit dem Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes allergnädigst zu ernennen.

Verordnung des Staats-, des Justiz- und des Kriegsministeriums vom 9. Juni 1866,

womit jede Verlautbarung über die nachbezeichneten militärischen Vorfahrungen durch Druckschriften unter Hinweisung auf den Art. IX des Gesetzes vom 17. December 1862, Nr. 8 des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1863, ausdrücklich verboten wird;

wirkfam für die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien mit dem Herzogthume Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Kralau, das lombardisch-venezianische Königreich und das Königreich Dalmatien, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradisca, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

In Anbetracht der gegenwärtigen Kriegsgefahren, womit der Staat auf mehreren Seiten unmittelbar bedroht erscheint, finden sich der Staats-, der Justiz- und der Kriegsminister bestimmt, nach Maßgabe des Artikels IX des Gesetzes vom 17. December 1862, Nr. 8 des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1863, für den Umfang aller in der Ueberschrift genannten Königreiche und Länder jede durch Druckschriften veröffentlichte Mittheilung über den Plan und die Richtung militärischer Operationen des kaiserlichen Heeres oder der kaiserlichen Flotte, über die Bewegung, Stärke und den Aufstellungsort von Truppen und Schiffen, über den Zustand von Befestigungswerken, endlich über die Aufbewahrung oder den Transport von Kriegserfordernissen hiemit ausdrücklich unter der in dem eben berufenen Gesetze ausgesprochenen Straffunction zu verbieten.

Graf Belcredi m. p. Ritter von Franck m. p.
Ritter von Komers m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Der Herrschaftsbesitzer Herr Otto Freiherr von Apfalkern hat sein Schloß Mankendorf bei Stein zum Belage für Militärkranken unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Beiträge für den Frauenverein:

Von Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin Schönbürg-Waldenburg 20 fl.

1. Verzeichniß

der zur Errichtung eines freiwilligen Alpenjägercorps subscribirten und bei Beginn der Werbung einzuzahlenden Beiträge:

	fl.	kr.
Herr Wilhelm Graf Burmbrand die Stel-	62	—
lungs- und Ausrüstungskosten eines Mannes		
Herr v. Scheuchstuel, k. k. Kreisgerichtsprä-	10	—
sident		
Herr v. Huber, k. k. Kreisgerichtsrath	5	—
" Dr. Wolf	5	—
" Dgrinz	2	—
" v. Gandini, k. k. Kreisgerichtssecretär	1	—
" Kastelic	2	—
" Kersch	2	—
" Kastelic, k. k. Kreisgerichts-Official	1	—
zusammen	90	—

Im Comptoir der „Laibacher Zeitung.“
Vom Herrn Carl Fridrich, Handlungsbuchhalter 3 fl.

Laibach, 15. Juni.

Das wichtigste Ereigniß des Tages ist das in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers in Paris am 12ten d. M. verlesene kaiserliche Handschreiben an den Minister Drouin de Lhuys. Es wurde zwar mit Beifallsbezeugungen aufgenommen, aber als die der Regierung erge-

bene Majorität den Schluß der Debatte verlangte, versuchten Jules Favre, Thiers und Alfred Veronx, berühmte Namen und gefürchtete Redner, denselben zu verhindern, doch fruchtlos, denn der Schluß wurde mit 202 gegen 34 Stimmen angenommen. Dafür ist augenblicklich die Discussion über die kaiserliche Manifestation in der österreichischen Presse desto lebhafter. „Presse“, „N. Fr. Pr.“, „Freundenblatt“, „Ostb. Post“, „Vorstadt-Zeitung“ verdammen einstimmig die in dem Schreiben ausgesprochenen offenbaren Tendenzen nach Machterweiterung Frankreichs, Italiens und Preußens auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands. Ein Blatt sieht im Geiste sogar schon eine europäische Coalition den „Störfried“ wegfegen. Die „Debatte“ bewahrt sich in ihrem Urtheil eine besonnene Haltung, aber auch sie zögert nicht, auszusprechen, daß Viele, vielleicht die Meisten durch die von dem kaiserlichen Schreiben eröffnete Perspektive werden beunruhigt werden. Treffend bezeichnet das Blatt die kaiserlichen Aussprüche als „Nebelbilder.“ Nichts ist greifbar, alles zerfließt vor unsern Augen, wenn wir es erfassen wollen.

Der Kaiser der Franzosen deutet uns an, mit welchen Absichten er zu der von den neutralen Mächten vorgeschlagenen Conferenz gegangen wäre, welche Karte von Europa er auf den grünen Tisch niedergelegt hätte. Nicht der Respect vor den Verträgen sollte ihn zum Congreß geleiten, sondern nur die Anerkennung des Prinzips und der Nothwendigkeit des europäischen Gleichgewichtes: Entweder das Gleichgewicht in seiner heutigen Form erhalten, oder das gestörte Gleichgewicht in neuen Formen wieder herstellen. Wird die jegige Basis Europa's nicht verlegt und unterwühlt, nun, dann bleibt auch Frankreich auf seinen heutigen Grundlagen ruhen; treten aber Veränderungen in den gegenwärtigen Machtverhältnissen ein, dann dürfte sich auch Frankreich nicht mehr dem Gedanken an eine Vergrößerung entziehen und zwar umsoweniger, wenn aus Frankreichs Grenzprovinzen der unverfälschte Ruf nach Vereinigung mit dem Kaiserreiche ertönen sollte.

In der schlecht arrondirten geographischen Lage Preußens sieht Napoleon III. eine der Ursachen des Conflictes. Die „Debatte“ sagt darüber:

Preußen kann als Großmacht in seiner heutigen Gestalt nicht bestehen, und bleibt es so, so wird es immer Reibungen veranlassen, die zu den bedenklichsten Consequenzen führen müssen. Was aber Deutschland und Oesterreich in dieser Erkenntniß von Preußen trennt und trennen muß, ist die Art der Arrondirung Preußens, sind die Mittel, die hierzu ergriffen werden sollen.

Wer stimmt dem Kaiser nicht bei, wenn er in dem Wunsche Deutschlands nach einer seinen Bedürfnissen entsprechenden Reconstitution eine zweite Ursache des Conflictes sieht, allein die Phrase von der „Sicherung der Unabhängigkeit Italiens“ erinnert entweder an das „Italien frei bis zur Adria!“ vom Jahre 1859, oder es ist kein Sinn darin. Der Kaiser deutet an, wie er allen diesen Bedürfnissen abhelfen hätte, freilich in etwas zu unbestimmten Umrissen. Er glaubte Deutschland durch eine engere Einigung und mächtigere Organisation der sogenannten dritten Gruppe befriedigen zu können; er hatte für Preußen mehr Macht im Norden in Bereitschaft; Oesterreich hätte er die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland geboten und Italien wollte er durch Venetien beglücken, für welches Oesterreich eine billige Compensation, über deren Beschaffenheit aber jede Andeutung fehlt, in Aussicht gestellt werden sollte.

Was aber hat Frankreich zu thun, da es verhindert war, seine wohlwollenden Absichten auszuführen? Die Störung des europäischen Gleichgewicht muß verhütet werden, in Italien muß das Werk Frankreichs aufrecht bleiben. Wie ist das zu verstehen? Die „Debatte“ glaubt daran erinnern zu müssen, daß Italien in seiner jetzigen Gestalt keineswegs Frankreichs Werk ist. Die einzige völkerrechtliche Grundlage der Neugestaltung Italiens ist der Züricher Vertrag. Der Kern des Schreibens liegt endlich in der Bedingung der eventuellen Neugestaltung, diese ist — die Zustimmung Frankreichs. Frankreich spart seine Kräfte. Wenn der Kampf geendigt ist, wird es die Sieger nöthigen, sich mit ihm zu verständigen. Hoffen wir mit der „Debatte“, daß Napoleon III., wenn Oesterreich siegt, von letztem nicht deutsches Gebiet als Grundlage des zu errichtenden Paktcs verlangen werde.

Volkswirtschaftliche Betrachtungen.

III.

Was uns im Interesse der Grundbesitzer Noth thut.

(Schluß.)

Alle Maßregeln, welche den Credit der Grundbesitzer zu heben oder zu erweitern geeignet sind, erhöhen auch die Zahlungsfähigkeit derselben. Als solche betrachten wir nicht nur die Vervollkommenung der öffentlichen Bücher, die bei der gegenwärtigen Beschaffenheit über die Bestandtheile eines Grundcomplexes nur selten einen genügenden Aufschluß geben, dann die thunlichste Vereinfachung der Förmlichkeiten bei Aufnahme oder Realisirung von Darlehen, sondern auch präcise gesetzliche Bestimmungen über das Zugehör (fundus instructus) der liegenden Güter. Auch die Aufhebung der Wuchergesetze, mit welchen der beabsichtigte Zweck nicht erreicht und dem Grundbesitzer das nöthige Capital nur entzogen wird, muß als wünschenswerth bezeichnet werden.

Selbstverständlich ist ferner die Vorsorge für die Erhaltung und Verbesserung der bestehenden — sowie die Eröffnung neuer Straßen und Eisenbahnen, wodurch den Grundbesitzern der Absatz ihrer Producte erleichtert wird, ein Mittel zur Verminderung der Geldnoth. Wenn Krain in dieser Beziehung anderen Ländern auch nicht nachsteht, so bleibt doch noch Vieles zu wünschen übrig.

Viele von uns hervorgehobene mißliche Zustände, welche auf dem großen und kleinen Grundbesitze wie ein Alp lasten, werden sich durch die im Zuge befindliche Ablösung oder Regulirung der Servituten, mit welchen unser Vaterland leider so reichlich bedacht ist, von selbst verlieren. Es muß bedauert werden, daß die Abwicklung dieser für die Landescultur so ersprießlichen Operation durch die allseitige Verworsenheit der Rechts- und Eigentumsverhältnisse, deren Feststellung sich nicht über das Knie brechen läßt, so sehr aufgehalten wird. Indessen sind doch immerhin schon viele Grundflächen durch Ablösung der Weiderecht und durch individuelle Theilung einer besseren Cultur zugeführt worden, sowie auch ein großer Theil der Waldungen bereits entlastet ist. Mit der Vollendung dieser Operation, die in wenigen Jahren zu gewärtigen ist, wird auch die da und dort noch vorherrschende Disharmonie zwischen den großen und kleinen Grundbesitzern ihr Ende nehmen, was nicht wenig dazu beitragen wird, die theils homogenen, theils ineinandergreifenden Interessen beider wesentlich zu fördern.

Uebrigens wäre die Behebung der Ungleichartigkeit in der Classirung und Schätzung bei Anlage des Steuerkatasters, wodurch einzelne Landesstrecken gegenüber andern sehr überbürdet sind, ohne weiters wünschenswerth und auch wohl möglich, weil sich die auf diese Weise überbürdeten Landestheile immerhin constataren lassen. Ob jedoch eine theilweise Abschreibung der einmal vorgeschriebenen Steuer als ein genügendes oder empfehlenswerthes Mittel, der Steuerüberbürdung abzu- helfen, zu betrachten sei, möchten wir sehr bezweifeln, weil diese Maßregel eben nicht immer den wirklich Ueberbürdeten zu Guten kommt und weil darin nur eine Ermunterung zur Belassung von Steuerrückständen erblickt werden könnte.

Zum Schlusse möchten wir allen jenen, die berufen sind, auf die öffentlichen Angelegenheiten Einfluß zu nehmen, dringend ans Herz legen, der materiellen Wohlfahrt des Landes eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Alle Bestrebungen zur Bildung des Volkes werden stets mehr oder weniger fruchtlos bleiben, so lange die Armuth an die Thüre klopft. Wie die Geschichte lehrt, hat noch kein armes Volk einen höheren Culturgrad erreicht, mit dem Wachsen des Wohlstandes aber bricht sich der natürliche Drang nach Bildung selbst seine Bahn.

Oesterreich.

Wien. (W. Abdpst.) Die in Preussisch-Schlesien erscheinende „Freiburger Zeitung“ brachte offenbar zur Ergötzung ihrer Leser eine Erzählung über zwei angebliche Grenzüberschreitungen von Seite österreichischer Soldaten. In dem einen Falle ließ das Freiburger Blatt durch eine preussische Patrouille (unter Führung eines jungen Unterofficiers und ehemals beliebten Schauspielers) unweit Gräfen eine aus einem Unterofficier

und vier Gemeinden bestehende österreichische Patronisse aufgreifen. Die umzingelten Oesterreicher hatten nach der „Freiburgerin“ nichts eiligeres zu thun, als ihre Gewehre auf den Rasen zu legen, den Preußen in aller Gemüthlichkeit die Hände zum freundschaftlichen Gruße zu reichen und sich in größter Ruhe auf die Wache abführen zu lassen. — Im zweiten Falle läßt die „Freiburgerin“ in Gottesberg am 7. d. M. zwölf Mann Oesterreicher — woher sagt sie zwar nicht — als Gefangene einrücken. — Mit vollem Rechte stellten die Wiener Blätter diesen Erzählungen der „Freiburger Zeitung“ gleich bei ihrer ersten Mittheilung die ernstesten Zweifel entgegen, und wir sind nun in der Lage, auf Grund amtlich gepflogener Erhebungen die beiden Geschichten des Freiburger Blattes in den Bereich der Lügenhaften und tendenziösen Erfindungen zu verweisen.

Die Stadt **Naab** hat an Seine Majestät eine *Pohalitätsadresse* gerichtet, welche folgendermaßen lautet: *Sw. k. k. apostol. Majestät! Allergnädigster Herr!* Indem wir die Monarchie auf mehreren Seiten und unerwartet von ungerechten Angriffen bedroht und die Völker der Monarchie zur kräftigsten Selbstvertheidigung genöthigt sehen, treten wir mit kindlichem, von unseren Vätern ererbtem Vertrauen, in unterthäniger Ergebenheit und mit unerschütterlicher Treue vor *Sw. Majestät*, um auch unsererseits in Anschluß an die Adresse der Bürger der königlichen Freistadt Pest vom 29. Mai unsere unterthänigste treue Ergebenheit auszudrücken. Wir bitten, daß *Sw. Majestät* diesen gegenwärtigen feierlichen Ausdruck unserer unterthänigen Ergebenheit gnädigst anzunehmen geruhen wolle. In unerschütterlicher Treue und Anhänglichkeit und zugleich mit innigster unterthäniger Verehrung verharren wir *Sw. kais. apostol. k. k. Majestät* treueste Unterthanen und ergebenste Diener, die Stadtcommune Naab.

Agram, 9. Juni. „*Soviet*“ vertheidigt die österreichische Regierung gegen die Beschuldigungen der Feinde Oesterreichs, als wolle sie nicht den Frieden. Die Regierung habe vollen Grund gehabt, das Erscheinen in der Conferenz von Vorbehalten abhängig zu machen, die nur für jene unangenehm sein können, welche sich mit fremden Güte bereichern möchten. Oesterreich habe vielmehr durch diese Haltung dem Frieden eine feste Grundlage gegeben, indem es den Weg des Rechtes wandelt.

Ausland.

Berlin, 12. Juni. Der heutige „*Staatsanzeiger*“ meldet: Mittels Erlasses vom 10. Juni theilte Preußen den deutschen Regierungen einen *Bundesreformentwurf* mit, welcher in zehn Artikeln folgende Bestimmungen enthält:

Die österreichischen und niederländischen Landestheile werden vom Bundesgebiete ausgeschlossen. Die Legislative übt der Bundestag mit einer periodischen direct, nach dem Reichswahlgesetze von 1849 gewählten Nationalvertretung. Es ist die Uebereinstimmung der Majoritäten beider Körperschaften für die Gültigkeit der Beschlüsse erforderlich. Die Umgestaltung des Bundestages ist mit dem Parlament zu vereinbaren; bis dahin bleibt das bisherige Stimmverhältniß. Die Gesetzgebung und die Oberaufsicht der Bundesgewalt erstreckt sich auf Zoll- und Handelsangelegenheiten, Maß, Münzen, Gewicht, Papiergeldemission, Bankwesen, Erfindungspatente, Schutz des geistigen Eigenthums, Freizügigkeit, Heimatsrecht, Schutz des deutschen Handels, Consularwesen, Eisenbahn-, Post-, Telegraphenwesen, Civilproceß und Concursverfahren.

Die Bundesgewalt hat das Recht über Krieg und Frieden Verträge und Bündnisse abzuschließen, das Bundesgesandte ernennen und empfangen. Eine Kriegserklärung muß bei einer feindlichen Invasion unter allen Umständen erfolgen, sonst aber erfordert dieselbe die Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Dritttheilen der Bevölkerung des Bundesgebietes.

Die Kriegsmarine wird in der Nord- und Ostsee einheitlich unter Preußen gestellt; für die Ernennung von Officieren und Beamten concurriren die Küstenstaaten nach einer besonderen Vereinbarung. Kiel und Japdebusen werden Bundeshäfen. Beiträge für die Marine werden von der gesammten Bevölkerung erhoben, unter Festhaltung eines Principiums für die Uferstaaten und Handelsstädte nach Maßgabe des Tonnengehaltes der Handelsmarine. Die Uferstaaten müssen nach demselben Maßstabe Matrosen für die Kriegsmarine stellen, welche Leistung ihnen für die Bestellung von Mannschaften zum Bundesheere in Abzug gebracht wird.

Die Landmacht zerfällt in eine Nordarmee und Südarmee unter dem Oberbefehle der Könige von Preußen und Baiern als Bundesfeldherren im Kriege und im Frieden.

Die Bundesoberfeldherren haben für die Vollständigkeit, Kriegstüchtigkeit und einheitliche Organisation der Truppen zu sorgen. Die Officiersstellen innerhalb des Contingents befehlt jede Regierung, darüber hinaus die Bundesfeldherren.

Sämmtliche höheren Commandos müssen stets besetzt sein. Der Oberfeldherr darf nöthigenfalls in seinem Gebiete eine kriegsbereite Aufstellung anordnen, vorbehaltlich der späteren Bundesgenehmigung. Für jedes Bundesheer wird mit der Nationalvertretung ein Budget vereinbart; die Regierungen leisten Matricularbeiträge nach Maßgabe der Bevölkerung. Für die Verwaltung jedes Militärbudgets wird ein Bundeskriegsrath aus den beitragenden Regierungen gebildet, welcher der Nationalvertretung jährlich Rechnung

abzulegen hat. Die Ersparnisse fallen stets dem Bundeskriegsschatze zu, welchen die Nationalvertretung controlirt.

Die Beziehungen des Bundes zu Deutsch-Oesterreich werden mit dem einzuberufenden Parlamente vereinbart.

— Die „*N. Allg. Ztg.*“ erklärt es als Nothwendigkeit für Preußen, der gegenwärtigen Situation ein Ende zu machen, da ihre Verlängerung Preußen nach jeder Richtung hin nur Noththeile bringen könne. Die Zahlung für die aufgelaufenen Kriegskosten würde Preußen selbst für den Fall zu beanspruchen in der Lage sein, wenn es gar nicht zum Kriege käme. Preußen hätte nun allerdings nach dem Rückzug der Oesterreicher aus Holstein ein Pfandobject an diesem Herzogthume. Allein die „*N. Allg. Ztg.*“ glaubt kaum, daß das Herzogthum ausreichend ist, für die preussischen Forderungen ein hinreichendes Aequivalent zu bieten und „deshalb sollte man sich in Wien doch darüber klar werden, daß die Rechnung, die Preußen zu stellen hat, mit jedem Tage um eine sehr bedeutende Summe steigt.“ (Unglaublich aber wahr!)

Aus **Florenz**, 10. Juni, wird der „*Tr. Ztg.*“ geschrieben: Vorgestern hat unter dem Vorsitze des Königs ein großer Kriegsrath stattgefunden, zu welchem nebst Lamarmora, dem Kriegsminister Pettinengo, dem Marineminister Angioletti, noch die Generale Cialdini, Sonnaz, Petitti, Cuchiaro, Della Rocca, Balfre, Menabrea, Cosenz und Medici zugezogen wurden. Es scheint der Operationsplan festgestellt worden zu sein, und wird dem Beginne des Krieges jedenfalls noch im Laufe dieser Woche entgegengesehen. Die Hauptaufgabe scheint dem General Cialdini zugedacht zu sein, dessen Corps um eine Armeedivision vermehrt wurde und welcher die Aufgabe zu haben scheint, den Po-Übergang wahrscheinlich bei Pontelagoscuro zu forciren, wohin die Brücken-Equipage und ein bedeutender Artilleriepark dirigirt wurden. Durch die bereits decretirte Einberufung der zweiten Kategorien der drei Altersklassen von den Jahren 1842, 43 und 45 hofft man die Armee um weitere 100.000 Mann zu vermehren, doch wird es mindestens 5–6 Wochen bedürfen, bis diese Mannschaft zu den Fahnen eingerückt sein wird. Außerdem wird aber noch ein zweites k. Decret erwartet, welches die vorschüssige Aushebung des Stellungscontingents für das Jahr 1867 anordnet, wodurch der Armee weitere 70.000 Mann zugeführt werden, welche freilich erst binnen 3 Monaten schlagfertig sein können. Man erwartet ferner täglich die Veröffentlichung des Kriegsmanifestes, welches zum Drucke bereit liegt, um nach allen Beliegenden versendet zu werden, worauf dann der König sich unverweilt zur Armee begeben und den Oberbefehl über dieselbe übernehmen wird. Auch der Kriegsminister Pettinengo und der Marineminister Angioletti haben um ihre Eintheilung zur activen Armee gebeten und werden beim Ausbruche des Krieges Divisionen bei der Po-Armee commandiren. Wer dieselben in ihren Ministerien ersetzen wird, ist bis jetzt noch ein Geheimniß.

Genf, 9. Juni. Wenn die französische Regierung Italien auch noch nicht mit Heeresmacht unterstützt, so ist es doch sicher daß Italien einen großen Theil seiner Armirungsgegenstände schon jetzt vorzugsweise aus Frankreich bezieht. In den letzten Tagen ging abermals eine bedeutende Anzahl gezogener Geschütze, Munitionswagen u. s. w. über Culoz nach dem Mont Cenis. Französische Agenten kaufen in unserer Nachbarschaft, und auch im Canton Genf selbst, große Heuquantitäten auf, so daß die Preise des Heu's der gegenwärtigen Ernte in fortwährendem Steigen begriffen sind. Man sagt, daß dieses Heu für die Pferde eines französischen Observationscorps bestimmt sei, welches von Lyon an bis in die Gegend von Annecy in Savoyen aufgestellt werden soll. — Joh. Phil. Becker hat vor kurzem im Namen des deutschen Arbeitervereins einen Aufruf erlassen, worin er in Anbetracht der gefährdeten Lage des Vaterlandes zur Bewaffnung der Arbeiter auffordert. Auf die Arbeiter wird Herr von Bismarck nicht zählen können. Der auf den vorigen Monat in Genf angelegte gewesene internationale Arbeitercongreß ist auf den September vertagt. Der internationale Arbeiterverein soll in Frankreich nicht weniger als 70.000 Mitglieder zählen und in fortwährender massenhafter Zunahme begriffen sein. (N. Allg. Ztg.)

Paris, 11. Juni. Es wird allgemein versichert (und nicht bloß in Börsenkreisen, wo in Folge dessen heute eine sehr freundliche Stimmung herrschte), daß die Anhänger einer fortgesetzten, aufrichtigen, strikten Neutralität in der Umgebung des Kaisers nach längerem Schwanken an maßgebender Stelle den Sieg davongetragen haben. Man zählt zu diesen in erster Reihe die Herren Fould, Persigny und was man die Partei der Kaiserin zu nennen pflegt. Die Erklärungen, welche Herr Rouher in der Budgetdebatte, vielleicht schon morgen bei Beginn derselben, im Namen der Regierung abgeben wird, dürfen das Publicum nicht länger darüber in Zweifel lassen, daß Napoleon III., weit entfernt, auf den deutschen Conflict in einem eigennützigen Interesse zu speculiren, vielmehr entschlossen sei, fortgesetzt eine Politik der strikten Neutralität zu beobachten, um diese nur dann aufzugeben, wenn die Wendung der Dinge Ausichten biete, daß Bemühungen für die Wiederherstellung des Friedens von Erfolg gekrönt würden. Es scheint, daß hier eingetroffene Berichte über die im

süd-westlichen Deutschland herrschende misstrauische Stimmung gegen Frankreich auf den Entschluß des Kaisers, in der Kammer beruhigende und friedliche Erklärungen abgeben zu lassen, nicht ohne Einfluß geblieben sind. Diese Erklärungen würden übrigens nur das öffentlich wiederholen, was Herr Droin de Lhuys seit Monaten nicht müde wird, der deutschen Diplomatie zu sagen und was der Kaiser selbst in seinen Conversationen mit fremden Staatsmännern unablässig betont. Den Gerüchten von kriegerischen Vorbereitungen in der französischen Armee soll Herr Rouher dem Vernehmen nach gleichfalls ein Dementi entgegenhalten, in der officiösen Presse ist diesen Gerüchten übrigens schon widersprochen worden. — Fürst Metternich ist heute in Privat-Audienz vom Kaiser empfangen worden. Selbst preussische Blätter müssen jetzt gestehen, daß die Haltung Oesterreichs zum Conferenzvorschlage an den freundlichen Beziehungen zwischen den Höfen Wien und Paris nichts geändert hat, wie dann der österr. Botschafter zu keiner Zeit in den Tuileries häufiger gesehen wurde, als gegenwärtig. Es ist ausgemacht, daß Herr Granier de Cassagnac die oberste Leitung des „*Pays*“ übernimmt. Das Journal soll die Specialität erhalten, daß es des Mittags ausgegeben wird. — Neuesten Nachrichten aus Cuba zufolge steht in dieser Colonie ein Aufstand bevor, auch sind bereits von dort mehrere flüchtige Familien mit dem letzten Packetboot in St. Nazaire eingetroffen. Die Insurrection würde, wenn sie sich behauptete, sogleich die Abschaffung der Sklaverei decretiren.

— Frankreichs Neutralität nimmt täglich eine unheimlichere Gestalt an. Im Pariser Kriegsministerium werden Vorbereitungen getroffen, die kaum hinter denen für den Krimkrieg zurückbleiben. In der großen militärischen Centralapotheke in der Rue de l'Université sind jetzt schon doppelt so viele Medicamente angefertigt und verpackt worden, wie im Jahre 1859. Zur Unterstützung der großen Panzerfregatten „*Magenta*“ und „*Solférino*“ werden jetzt auch in Brest und Toulon Monitors angefertigt. (Volksfr.)

St. Petersburg, 7. Juni. Es gibt vielleicht keine zweite Macht in Europa, deren eigentlicher Beruf die Wahrung der zu Recht bestehenden Verträge und Besitzstände in so ausgezeichnetem Grade wäre, als Rußland. Sein Prestige im Südosten beruht auf einer Reihe von Verträgen, welche einen integrierenden Bestandtheil des europäischen Völkerrechtes bilden, und für Congreß-Polen kündigt vollends schon der Name den Rechtstitel des Besitzes an. — Seit den Zeiten Elisabeths ist sich die russische Politik mit seltenen Ausnahmen in dem einen Punkt getreu geblieben, daß sie dem System der Stabilität des Besitzstandes huldigte und stets gegen diejenigen Potenzen Partei ergriff, von denen eine Störung des status quo beabsichtigt wurde oder thatsächlich ausging. Es waren dieselben Principien, welche russische Heere 1756 an die preussische Grenze führten und für welche ein halbes Jahrhundert später Suwarow in Italien kämpfte, es waren endlich die gleichen Grundsätze, welche Kaiser Alexander im großen Befreiungskriege leiteten und seine Regierung so allgemein geachtet, ja ehrwürdig machten. Nirgends wird vielleicht der Gegensatz zwischen einer auf die Grundsätze natürlicher Billigkeit und feierlicher Verträge sich stützenden Politik des Rechtes und jener Nationalitätspolitik modernster Erfindung schärfer aufgefaßt, als in St. Petersburg. Natürliche und Sprachgrenzen bilden doch ein zu erbärmliches Surrogat für den Mangel wirklicher Rechtstitel und aus dem Vertragsrecht hervorgehender Ansprüche, als daß man von Rußland erwarten könnte, daß es einer solchen Vermengung von Forderungen der Opportunität mit Rechtsbegriffen und Rechtsfolgerungen Vorrang zu geben sollte. Es steht fest, daß die russische Politik an und für sich kein Interesse hat, das Unrecht der modernen Theorien gegen das offenkundige Recht aus den Verträgen in Schutz zu nehmen, es wäre aberbarer Unverstand zu glauben, daß Rußland eine Präcedenz schaffen helfen würde, deren Princip mit Fug einst gegen das russische Staatsleben selbst gerichtet werden könnte. Unsere Rechte auf den Besitz Polens sind um kein Haar kräftiger und unbestreitbarer, als die Rechtstitel Oesterreichs auf Venetien. Es läßt sich nicht leugnen, daß unser Besitz als der gesichertere erscheint, aber größere Sicherheit und größeres Recht sind keine identischen Begriffe, und das Mehr oder Minder der Sicherheit vielmehr eine Frage der Zeit und der sie begleitenden Umstände. Rußland hat es immer für seine vorzüglichste Aufgabe angesehen, das europäische Gleichgewicht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erhalten. Es ist kein Grund vorhanden, weshalb das hiesige Cabinet zur Stunde von den Traditionen der russischen Geschichte und Hauspolitik plötzlich abfallen sollte. Der Nutzen, welchen das russische Reich aus einer Präponderanz, um nicht zu sagen Omnipotenz, Preußens in Deutschland ziehen könnte, will uns eben so wenig einleuchten, als uns eine Parteinahme gegen Oesterreich verständlich wäre. Die Elbeherzogthümer in den Händen Preußens würden nicht nur ein offenes Unrecht documentiren, sondern so weit uns ein Urtheil zusteht, dem Nachbarstaat Rußlands eine Uebermacht in den nördlichen Gewässern verleihen, welche den Lebensbedingungen des maritimen Uebergewichts Rußlands in jenen Meeren selbst Eintrag thun müßte. Wie wir auch die schwebenden Fragen wenden mögen, Eines scheint uns klar,

daß Rußlands wohl verstandene Interessen nicht auf Seite der Gegner Oesterreichs gesucht werden müssen.

Bukarest, 11. Juni. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Gesetz über die Bildung freiwilliger Legionen. Die Freiwilligen erhalten vom Staate Waffen, Kleider und Unterhalt und stehen während ihrer Dienstzeit unter den Militärgesetzen. Durch diese Legionen soll die Stärke der Armee auf 150.000 Mann gebracht werden. In der Kammer kommt nächstens ein Gesetz über die Ausgabe von Papiergeld, eventuell bezüglich einer Kriegsteuer zur Verhandlung. Die Ausgabe von Papiergeld würde jedenfalls bei den Kaufleuten auf ernstlichen Widerstand stoßen. Die Aufregung und Entrüstung derselben ist jetzt schon groß.

Brest, 12. Juni. Das Paquetboot „Pereire“ bringt Nachrichten aus New-York vom 2. Juni, welche besagen, daß telegraphischen Meldungen aus Canada vom 1. Juni zufolge die Fenier trotz der Wachsamkeit der nordamerikanischen Behörden in die englischen Provinzen eingebrochen sind. Das englische Fort gegenüber von Buffalo soll geräumt sein, die Eisenbahnen und Telegraphen zerstört. Fenier sollen ins Innere vorrücken ohne Widerstand zu finden. Diese Nachrichten sind nicht officiell.

Tagesneuigkeiten.

Wie die „Wiener Zeitung“ meldet, haben Se. I. I. apostolische Majestät die vom Geiste der treuen Anhänglichkeit und der patriotischen Opferwilligkeit durchdrungene Adresse der k. k. Freistadt Dedenburg mit Wohlgefallen entgegenzunehmen und den ungarischen Hofkanzler zu beauftragen geruht, der treuen Bevölkerung der gedachten Freistadt die allerhöchste Anerkennung zu eröffnen.

Der Herr Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Andreas Zelinka wird in Begleitung der beiden Bürgermeisterstellvertreter, der Herren Dr. Felder und Dr. Mayerhofer, am 14. d. M. Vormittags 10 Uhr von Sr. I. I. apostolischen Majestät in einer besonderen Audienz empfangen werden, um die in der am 12. d. abgehaltenen Plenarversammlung einstimmig beschlossene Loyalitätsadresse des Gemeinderathes der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu überreichen.

Vom Assistenten der chirurgischen Lehrklinik an der Grazer Universität Dr. Plappart wurde dem k. k. Kriegsministerium der Antrag gestellt, während der gesetzlichen Ferien, d. i. von Mitte Juli bis Mitte October, die Leitung eines Feldspitals für 250—300 Mann am nördlichen Kriegsschauplatz zu übernehmen. Ihn sollen 8—10 Mediciner, meist dem 4. Jahrgange angehörig, welche bereits einige Spitalpraxis durchgemacht haben, zur Hülfsleistung begleiten. Auch das Personale zur Wartung der Kranken will Dr. Plappart von Graz mitnehmen. Die hochwürdige Oberin des Ordens der Töchter der christlichen Liebe hat dem Herrn Doctor erklärt, ihm einige Schwestern zur Pflege der Verwundeten mitzugeben.

Eine Anzahl Venetianer Bürger hat an den Festungsgouverneur H. M. Baron v. Klemann, die Abreise seiner Gemalin als Veranlassung nehmend, eine Adresse gerichtet, worin sie ihr Bedauern über das Scheiden der allgem. verehrten Frau ausdrücken und die Ueberzeugung aussprechen, daß sie ruhig in Venedig hätte verweilen können, indem die Bürger fest entschlossen seien, für die Aufrechterhaltung der Ruhe Sorge zu tragen. Der Vorgang ist bei dem Ernst der Situation gewiß nicht ohne Bedeutung.

Für das Alpenjäger-Corps sind in Graz am 11. d. 28 Mann angeworben worden, darunter 16 Professionisten. Unter den am 10. Angeworbenen befand sich auch ein Gewerbsmann aus Graz, welcher sich bei dem Werbecomitée als ledig angegeben hatte. Als jedoch später eine Frau nach ihm forschte und sich herausstellte, daß dieselbe seine rechtmäßige Frau sei, wurde ihm, da er schon heidete war, dennoch vom Comité gestattet, gegen Rückgabe des Handgeldes, wenn er wolle, wieder auszutreten; er aber zeigte keine Lust dazu und bleibt Freiwilliger. Am 12. ließ sich ein Grazer Raminfeger wegen Zerwürfissen mit seinem Meister ohne Erlaubniß seiner daselbst wohnenden Eltern anwerben; als diese, hiervon in Kenntniß gesetzt, voll Bestürzung ihren Sohn reclamirten, wurde auch ihm gegen Ausfolgung des Handgeldes der Rücktritt gestattet.

Am 11. d. Vormittags sind Werbecommandanten für das steier. Alpenjäger-Corps nach Knittelfeld, Liezen und Leoben abgegangen. Aus Bruck a. d. M. sind 19 der Angeworbenen bereits bei dem Corps in Graz eingerückt. Die Gesamtzahl der bereits beeideten Mannschaft, mit Ausschluß der Mexicaner, beträgt 209 Mann.

„Bozor“ erzählt, daß die Mitglieder der croatischen Regnicular-Deputation noch etliche acht Tage in Pest zu verbleiben gedenken. Der Bischof Strohmayer habe die ihm gebührenden Diäten (10 fl. per Tag) dem Agramer Schullehrerverein gewidmet und bereits 300 fl. an denselben übergeben.

Der Agramer „Sviet“ erzählt, daß es in einem Wirthshause beim Orte Rutina zwischen der Bande Udmarić und zwischen k. k. Gendarmen zu einem blutigen Zusammenstoße gekommen sei, bei welchem drei Gendarmen schwer verwundet worden sein sollen. Zwei davon wären bereits gestorben. Udmarić selbst soll verwundet und mit Begewertung des Todes und der Waffen entflohen sein.

Von den in Zudmantel stationirten Husaren gingen dieser Tage, wie man schreibt, etwa zehn Mann über die Grenze nach Preussisch-Schlesien, um in einer benachbarten Ortschaft an einer Tanzunterhaltung theilzunehmen. Die Husaren waren ohne Waffen und unterhielten sich mit der Landbevölkerung aufs angenehmste. Des Abends gingen von ihnen sieben wieder nach Zudmantel zurück, drei jedoch blieben im Tanzlocale bis 10 Uhr Abends. Da kamen preussische Gendarmen und wollten unsere drei Husaren gefangen nehmen. In Ermangelung von Waffen packten diese Sesselbeine und hielten mit denselben auf die preussischen Gendarmen und die denselben zu Hilfe eilenden Wirthsbauschäfte mit solcher Gewalt ein, daß diese sich zurückziehen mußten und die tapferen Husaren ungehindert wieder über die österreichische Grenze zurückgehen konnten.

Die „Baier. Zig.“ schreibt: „In Folge der politischen Verhältnisse der Gegenwart ist nun beschlossen worden, daß die Versammlung des deutschen Juristentages, welcher Ende August in München abgehalten werden sollte, für dieses Jahr nicht stattfinden solle.“

Locales.

Die k. k. Landesbehörde hat auf Grund des hohen Staatsministerialerlasses vom 18. v. M., Z. 829/C. U., nachbenannten Seelforgern, welche sich im Schuljahre 1865 um die Förderung des hierländigen Volksschulwesens besonders verdient gemacht hatten, als: Johann Skofic, Pfarrer in Suhor, Barthelma Dolšan, Localcaplan in Radovica, Jacob Groß, Pfarrcooperator und prov. Hauptschuldirector in Tschernembl, und Johann Preša, gewesener Pfarrcooperator zu Nesselthal, nunmehr zu Precina, Remunerationen im Betrage von je 50 fl.; ferner in Anbetracht der Verdienste, welche sich der Localcaplan in Maunice Johann Brence und der Schullehrer in Preffer Georg Uranić um die Obstbaum- beziehungsweise Bienen- und Seidenzucht erworben haben, dem ersteren eine Remuneration von 50 fl., dem letzteren aber von 25 fl. ö. W. aus dem hierländigen Normalschulffonde bewilliget.

Gestern Morgens halb 4 Uhr sind 85 frange Soldaten angekommen, welche über Veranlassung des Frauenvereins mit Wein, Brot und Cigarren betheilt und mit unentgeltlichen Fuhren, beigelegt durch einige menschenfreundliche Pferdebesitzer, in das Militärspital überführt wurden.

Aus Laas wird uns ein Fall von Unvorsichtigkeit gemeldet, der leider einen sehr schlimmen Ausgang nahm. Am 8. d. M. um 9 Uhr Abends gingen nämlich Nicolaus A., Waldbüter der Herrschaft Schneeberg, und der Babenfelder Gemeindevorstand Anton T. (verehelicht und Grundbesitzer daselbst) einen Vergabhang hinab ins Dorf Babenfeld. Unweit desselben rutschte Nicolaus A. aus und fiel zu Boden, wobei das Gewehr sich entlud. Der Schuß traf den vorangehenden Anton T. in der Hüftgegend, riß zugleich aber auch dem A. einen Finger der Hand, mit der er den Gewehrlauf an der Mündung hielt, ab. Anton T. war tödlich getroffen und verschied noch am selben Abende.

Man schreibt uns aus Radmannsdorf, daß in der Nacht vom 6. auf den 7. d. M. zwischen mehreren Zigeunern in der Nähe von Steinbüchel ein Aufbruch entstand, in dessen Verlaufe einer der Zigeuner durch einen auf ihn abgefeuerten Schuß eine schwere Lebensgefährliche Verletzung erlitten hat. Der Thäter ergriff gleich nach der That die Flucht und wurde bisher noch nicht eruiert.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Prag, 13. Juni. Eine Kundmachung des Bürgermeisters betreffend die Anwerbung eines Prager Freiwilligen-Corps ist an den Straßenecken affichirt.

Prag, 13. Juni. (N. Fr. Pr.) Die zweite diesjährige Rekrutirung beginnt in der Umgebung Prags am 15. d. M., in Prag selbst um einige Tage später. Die Stadtgemeinde gibt jedem freiwillig in die Armee Eintretenden ein Handgeld von 50 fl. — Der Kreuzherren-Ordensgeneral Veer ist heute früh plötzlich am Schlagfluß verstorben.

München, 13. Juni. Nächsten Samstag wird eine weitere Conferenz der Minister der Mittelstaaten stattfinden.

Frankfurt, 13. Juni. Die Erklärung des preussischen Gesandten am Bundestag, Herrn v. Savigny, auf den österreichischen Mobilisirungsantrag lautete: Er könne sich über den Antrag, dessen Gegenstand ihm vollständig neu sei, weder geschäftlich noch sächlich zu irgend einer Aeußerung veranlaßt finden.

Frankfurt, 13. Juni. In der morgen stattfindenden Bundestagsitzung werden wahrscheinlich dem Mobilisirungsantrag alle auf der Bamberger Conferenz vertretenen Staaten, mit Ausnahme der thüringischen Länder und Badens, zustimmen.

Dresden, 13. Juni. Das heutige „Dresdener Journal“ meldet: Die Kammer hielt heute ihre Schlußsitzung. Auf eine Interpellation bezüglich des Votums Sachsens bei der morgen am Bunde folgenden Abstimmung entgegnet der Minister v. Benst: Er könne darüber der Consequenzen wegen keine Auskunft geben; die Abstimmung Sachsens werde mit der Baierns im Einklange stehen.

Weimar, 13. Juni. Die neueste Formulirung der preussischen Reformvorschlüge wurde von mehreren deutschen Regierungen sehr ungünstig aufgenommen.

Berlin, 13. Juni. Die Wahrnehmung des Schutzes der österreichischen Unterthanen wurde dem niederländischen Gesandten übertragen.

Berlin, 13. Juni. Die gestern erfolgte Zusendung der Pässe an den Grafen Karolyi war von einem wohlwollenden, die Ausübung des diplomatischen Verkehrs mit Preußen Seitens des genannten Gesandten anerkennenden Schreiben der preussischen Regierung begleitet.

Berlin, 13. Juni. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt: Das Verfahren Oesterreichs am Bundestage ist bundeswidrig; bundesrechtlich kann von einem Antrage auf Mobilmachung nicht die Rede sein. Preußen kann die Competenz des Bundestages zur Entscheidung abgeschlossener völkerrechtlicher Verträge nicht anerkennen. Jeden deutschen Bundesstaat, der an einer ihm von Oesterreich zugemutheten Competenzüberschreitung Theil nimmt, würde Preußen als seinen Gegner betrachten müssen.

Berlin, 13. Juni. Preußen hat die zu ihm stehenden Bundesregierungen aufmerksam gemacht, daß der Mobilisirungsantrag keine bundesrechtliche Grundlage habe und daß bei einem Kriegsausbruche Preußen nur für seine eigenen und die Interessen der zu ihm stehenden Staaten eintreten werde.

Kiel, 13. Juni. Der Inhalt des Formulars des Beamtengeßbnißes ist folgender: Nachdem der König von Preußen die oberste Regierungsgewalt im Herzogthume Holstein durch den Gouverneur v. Mantouffell hat in die Hand nehmen lassen, gelobe ich hierdurch an Eidesstatt, den mich betreffenden Befehlen und Anordnungen des Königs von Preußen und der in Allerhöchstdessen Auftrage fungirenden Behörde unweigerlich Folge zu leisten und die Pflichten des mir anvertrauten Amtes treu und redlich zu erfüllen.

Hannover, 13. Juni. Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz ist mit mehreren Officieren von Harburg hier angekommen und sofort nach Kassel weiter gereist.

Florenz, 12. Juni. Der Kriegsminister hat in der Kammer den Gesetzentwurf wegen Rekrutirung aus der Altersklasse 1846 eingebracht.

Bern, 11. Juni. Die Ankunft Garibaldi's an der italienischen Küste ist erfolgt. Laut officieller Meldung des schweizerischen Consulats in Genua an den Bundesrath ist er gestern Morgens in dieser Stadt eingetroffen.

Paris, 12. Juni. (N. Fr. Pr.) Der Brief des Kaisers an Drouin de Lhuys erregt außerordentliche Sensation; im gesetzgebenden Körper wurde die Discussion über die auswärtige Politik unterbrochen. Thiers bereitet eine Broschüre vor. — Gerüchtweise verlautet neuerdings, daß die Türken in die Donaufürstenthümer eingerückt seien und daß Oesterreich diesen Schritt der Pforte begünstigt. — Die Actionäre der Weltausstellung verlangten, wie es heißt, eine Vertagung der Ausstellung; der Kaiser soll erwidert haben, er wolle die Eröffnung an dem bestimmten Tage.

Brüssel, 12. Juni. (N. Fr. Pr.) Gerüchtweise verlautet, der Vertrag zwischen Preußen und Italien habe Gültigkeit bis 3. Juli, mit Vorbehalt einer weiteren Verlängerung. — Aus Paris wird gemeldet, die Kriegsanleihe sei unwahrscheinlicher geworden.

Telegraphische Wechselcourse vom 14. Juni.

5perc. Metalliques 56.10. — 5perc. National-Anlehen 60.50. — Bankactien 665. — Creditactien 124.10. — 1860er Staatsanlehen 72.10. — Silber 139. — London 138.50. — R. I. Ducaten 6.62.

Geschäfts-Zeitung.

Wiener Börse vom 13. Juni. Die Mittheilung der gestrigen „W. Abendpost“, daß die diplomatischen Beziehungen mit Preußen abgebrochen wurden, gab an der Abendbörse zu mehrfachen Angebot in den Speculationseffecten Veranlassung, so daß Creditactien bis 121.40, Staatsbahnactien bis 150.50 zurückgingen. Die neue Vertikierung der fremden Valuten um 2%, bis 3 pCt. und der fortdauernde Stückenmangel verursachte dagegen heute wieder mehrfache Arbitrage- und Deckungsläufe der gestrigen verlaufenen Effecten, so daß die meisten ihren gestrigen Stand, viele einen noch etwas höheren erreichten. Verzinsliche Staatsfonds blieben 1/2 pCt., 1854er und 1860er Lose 1/2 pCt., Creditactien, die nach 123.80 wieder bis 123 zurückgingen, noch 1/2 fl., Bankactien 3 fl., Nordbahnactien 1 1/2 pCt. höher. Staatsbahnactien bis 152.90 bezahlt, schloßen 152 1/2, wie gestern. Carl-Ludwigs-Bahnactien blieben dagegen 1 fl., 1864er Lose und Grundentlastungsobligationen 1/2 pCt., ungarische Pfandbriefe 1 1/2 pCt. niedriger.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juni	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 100 R. reduziert	Temperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Einheiten
14.	6 U. Mg.	326.30	+13.0	windstill	heiter	
2	„ „	326.00	+22.6	W. z. stark	halbheiter	0.00
10	„ „	326.08	+15.9	windstill	heiter	

Nachmittags windig. Abends um 9 Uhr Wetterleuchten in NW., später in SW. noch nach 10 Uhr anhaltend.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.